

Ein gelungener, interessant illustrierter Beitrag zum Ruhrgebietsprotestantismus, der nicht nur Erträge historischer Forschung enthält, sondern in aktuelle Bezüge und Herausforderungen führt. Wer den verschiedenen Spuren des Protestantismus im Ruhrgebiet nachgehen möchte, erhält Kenntnis über Wegmarkierungen und Veränderungsprozesse.

Peter Burkowski

*Friedrich Gerhard Hohmann (Hg.), Westfälische Lebensbilder Band 18* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XVII A), Aschendorff, Münster 2009, 197 S., 11 Abb., geb.

Die Reihe der Beiträge eröffnet Heinrich Schoppmeyer mit der Abhandlung über den Paderborner Bürgermeister „Liborius Wichard (1545/50–1604)“ (S. 7-22). Schoppmeyer behandelt zunächst die konfessionelle und politische Sozialisation Wichards. Man erfährt, dass er aufgrund seines Wohnsitzes in der Nähe der Marktkirche, wo lutherisch gepredigt wurde, mit der lutherischen Lehre bekannt und als Angehöriger der begüterten Mittelschicht 1576 in den Rat gewählt wurde. Dann rückt ein streitsüchtiger Mann in den Mittelpunkt, der Erbschaftsprozesse führt und wegen eines verlorenen Beleidigungsprozesses die Stadt Paderborn beim Freigrafen von Arnberg verklagt. Die Problematik dieses Schrittes, die 1586 zur Verweisung Wichards aus der Stadt führt, wird im Kontext der städtischen Autonomiebestrebungen und der bischöflichen „Intensivierung der Staatstätigkeit“ (S. 12) eingehend erörtert. Schoppmeyer skizziert dann die Entwicklung, die 1601 mit der Rückkehr Wichards in die Stadt einsetzt, am 10. Januar 1604 zu seiner Wahl zum Ersten Bürgermeister führt und mit der Katastrophe am 26./27. April 1604 endet, als bischöfliche Truppen die Stadt erobern und Wichard hingerichtet wird. Wichards agitatorisches Geschick kommt dabei ebenso zur Sprache wie die Instrumentalisierung konfessioneller Gegensätze. Über Wichards religiöse Überzeugung erlaubt sich Schoppmeyer kein Urteil. Er lehnt deshalb die These ab, Wichard sei der unerschrockene protestantische Kämpfer gewesen, wohl aber habe Wichard die „evangelische Option vieler Bürger“ (S. 21) im Kampf gegen den katholischen Stadtherrn genutzt.

Den anschließenden Aufsatz über den aus Münster stammenden Juristen „Johann Heinrich Schmedding (1774–1846)“ (S. 23-35) leitet Christina Rathgeber mit den Ausführungen zu dessen steiler Karriere ein, die 1796 im Hochstift Münster beginnt, 1802 in preußischen Diensten fortgesetzt wird, zunächst in Münster, ab 1809 in Berlin und 1817 mit dem Status als Geheimer Oberregierungsrat im Kultusministerium ihren Gipfel erreicht. Rathgeber betont die Bedeutung dieser Stellung, weil Schmedding jetzt in der preußischen Regierung der Fachmann für alle Fragen war, die katholische Angelegenheiten betrafen (S. 26). Im weiteren Verlauf der Untersuchung wird aber deutlich, wobei der Kölner Kirchenkonflikt wegen der Mischehenfrage eine große Rolle spielt (S. 26f.), welche Schwierigkeiten sich für Schmedding er-

gaben, weil es viele gab, die ihm als Katholiken misstrauten, andererseits aber viele, die in ihm den Mann sahen, der bereit sei, „katholische Glaubensempfindungen den staatlichen Erfordernissen und Ansprüchen“ (S. 27) unterzuordnen. Rathgeber kritisiert an ihm, dass er die große Veränderung, die sich seit 1830 im Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem preußischen Staat vollzog, nicht erkannte (S. 33).

Mit der Abhandlung von Bärbel Holtz über „Matthias Aulike (1807–1865)“ (S. 36–59) wird das Thema der Bedeutung ranghoher katholischer Juristen im preußischen Kultusministerium inhaltlich fortgesetzt. Den Angaben über den beruflichen Werdegang des Münsteraners Aulike entnimmt man, dass er nach richterlicher Tätigkeit in Kleve 1839 als Hilfsarbeiter für die katholischen Kirchen- und Unterrichtsangelegenheiten ins Kultusministerium nach Berlin geht, 1841 als Geheimer Regierungsrat in die neu geschaffene Katholische Abteilung des Ministeriums eintritt (S. 43) und hier 1858 zum Direktor aufsteigt (S. 53). Holtz kennzeichnet Aulike als einen Vermittler zwischen den Interessen der preußischen Regierung und der Wahrung katholischer Belange (S. 44f.), dessen Bemühungen auch erfolgreich waren, etwa wenn es um die Mitwirkung bei der Besetzung erledigter Bischofsstühle ging (S. 47). Deutlich wird aber dann die für Aulike veränderte Situation seit 1850 herausgearbeitet, als eine „antikatholisch eingestellte Ministerialbürokratie“ (S. 53) an Einfluss gewinnt, wofür die Raumerischen Erlasse von 1852 ein Beispiel sind, und andererseits die katholische Bewegung an Bedeutung gewinnt. „Resignation und Ermüdung“ (S. 55) sind jetzt die Begriffe, mit denen Holtz angesichts der eingeschränkten Kompromissmöglichkeiten die Arbeit Aulikes kennzeichnet. Ausführungen über die Teilnahme Aulikes am katholischen Gemeindeleben in Berlin beschließen die Darstellung (S. 56f.).

Mechthild Black-Veldtrup zeichnet anschließend das Lebensbild des hohen Verwaltungsbeamten „Friedrich von Kühlwetter (1809–1882)“ (S. 60–78), dessen wichtigste Stationen nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften 1835 die Arbeit als Richter in Düsseldorf, 1841 das Direktorat bei der Düsseldorfer-Elberfelder Eisenbahngesellschaft, 1848 die Aufgaben des Regierungspräsidenten in Aachen, 1866 die des Regierungspräsidenten in Düsseldorf und 1871 die des Oberpräsidenten in Münster sind. Dabei kann man nachlesen, welche Bedeutung 1841 der aus finanziellen Gründen (S. 63) erfolgte Schritt in die Wirtschaft für Kühlwetter hatte, weil er jetzt mit dem gemäßigten Liberalen und Wirtschaftspolitiker David Hansemann zusammenkam (S. 67f.), der ihn auch für die Aachener Stelle empfahl. Als besondere Leistung Kühlwetters hier wird herausgestellt, dass Aachen 1863 als Standort für die neue polytechnische Schule bestimmt wurde, kritisch wird angemerkt, dass es dem Katholiken Kühlwetter nicht gelang, ein angemessenes Verhältnis zur katholischen Aachener Bevölkerung zu finden (S. 67f.). Das Verhältnis Kühlwetters zur katholischen Bevölkerung bestimmt auch die Berichterstattung über die Jahre als Oberpräsident in Münster, die in die Zeit des Kulturkampfes fielen. Als konstitutive Elemente für diese Auseinandersetzung werden genannt: die überwiegend katholische Bevölkerung, die voll

hinter ihren Bischöfen in Münster und Paderborn stand, der starke katholische Adel und mit Kühlwetter eine durchsetzungswillige Persönlichkeit, die den staatlichen Maßnahmen unbedingt zum Durchbruch verhelfen wollte (S. 69f.). Das zusammenfassende Fazit für Westfalen lautet deshalb: „Nirgendwo in Preußen ist der Kulturkampf härter geführt worden als hier“ (S. 70).

Karl-Peter Ellerbrock informiert über den Industriellen „Albert Hoesch (1847–1898)“ (S. 79-88). Im Mittelpunkt des Beitrages steht die Gründung des Dortmunder Eisen- und Stahlwerkes Hoesch im Jahr 1871 durch Hoesch, der seine Ausbildung 1869 am Polytechnikum in Zürich abgeschlossen hatte. Ellerbrock betont die eisenindustrielle Unternehmertradition der Familie und verweist deshalb in der Einleitung auf die frühindustriellen Unternehmungen der Familie Hoesch in der Eifel. Bemerkungen zur Persönlichkeit und Familie von Albert Hoesch beschließen die Ausführungen.

Das Thema von Lars-Broder Keil sind die Schriftsteller, Literatur- und Theaterkritiker „Heinrich (1855–1906) und Julius (1859–1930) Hart“ (S. 89-109), die in Münster aufwuchsen und 1881 nach Berlin gingen. Beschrieben wird ihre Herausgebertätigkeit, wozu die für die Naturalismus-Diskussion so wichtige Zeitschrift „Kritische Waffengänge“ gehörte (S. 95f.). Ihre Mitarbeit in den literarischen Gruppen „Durch“ (S. 97), „Freie Bühne“ (S. 99) und „Freie Volksbühne“ (S. 100) wird thematisiert und literarhistorisch eingeordnet. Die Anerkennung, die die Harts fanden, wird hervorgehoben (S. 96f.), aber auch die finanzielle Not, in der sie sich oft befanden, nicht übergangen (S. 98, 101). Die Ausführungen enden mit der Darstellung des Wohn- und Siedlungsprojektes „Die Neue Gemeinschaft“, das die Brüder ab 1901 betrieben und das nicht lebensfähig war (S. 102-105).

Rudolf Morsey widmet sich dem Universitätsprofessor, Parlamentarier und Prälaten „Georg Schreiber (1882–1963)“ (S. 110-125), der seine Ausbildung 1913 an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Münster mit der Habilitation für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte abschloss, dort seit 1917 das Ordinariat in diesem Fach bekleidete und von 1920–1933 als Zentrumsabgeordneter für den Wahlkreis Westfalen-Nord im Reichstag saß. Die Jahre der parlamentarischen Tätigkeit finden die größte Beachtung, wobei darauf hingewiesen wird, dass Schreiber als langjähriges Mitglied des Haushaltsausschusses große Einflussmöglichkeiten hatte und diese vor allem zur „Pflege des Auslandsdeutschtums“ (S. 114) und als „Nothelfer der deutschen Wissenschaft“ (S. 115) nutzte. Kurz skizziert werden die für Schreiber nicht einfachen Jahre im Dritten Reich, weil sie für ihn den Verlust der Lehrtätigkeit in Münster, Überwachung und in den letzten Kriegsmonaten Flucht vor einer befürchteten Verhaftung bedeuteten (S. 118-120). Für die Jahre nach 1945 wird herausgestellt, wie Schreiber in Münster seine Lehr- und Forschungstätigkeit in vollem Umfang wieder aufnimmt und für sein wissenschaftliches Werk die gebührende Anerkennung erhält (S. 120-122).

Christopher Beckmann hebt in seiner Arbeit über den Verleger und Politiker „Lambert Lensing (1889–1965)“ (S. 126-145) einleitend hervor, wie ver-

pflichtend das Beispiel des Vaters war, als er 1928 den väterlichen Zeitungs- und Druckereibetrieb in Dortmund übernahm: Teilnahme am katholischen Vereinsleben, Mitarbeit in der Zentrumspartei, Redigierung der Verlagszeitung „Tremonia“ als „Meinungszeitung“ (S. 126), nicht als Parteiorgan. Die Schwierigkeiten der Zeitung während der Jahre des Dritten Reiches werden eingehend dargelegt. Auch wenn die Zeitung bis 1945 erscheinen konnte, so wird angesichts der Goebbelschen Presseanweisungen deutlich, wie sehr Lensing, der zur Wehrmacht eingezogen war, die „Hände gebunden“ waren (S. 131). Für die Monate unmittelbar nach dem Zusammenbruch wird Lensings unermüdlicher Einsatz für die Gründung der CDU als einer christlichen überkonfessionellen Partei in Westfalen gezeigt, die am 2. September 1945 in Bochum erfolgte. Die Wiedergabe zahlreicher wörtlicher Ausführungen, vorgetragen auf Zusammenkünften mit Gleichgesinnten und Kritikern (S. 134-136), lässt die Argumentation erkennen, dass nur ein Zusammenschluss aller christlichen Gruppen die Zersplitterung der Weimarer Zeit überwinden und einen positiven Wiederaufbau ermöglichen könne, nicht aber die Wiederbegründung der Zentrumspartei. Mit dem Erfolg des Parteipolitikers Lensing korrespondiert zunächst nicht der Erfolg des Verlegers Lensing, dessen Hauptziel es 1945 war, die Lizenz für die Zeitung „Ruhr-Nachrichten“ zu erhalten. Hier machen die Ausführungen deutlich, dass Lensing zu Unrecht Vorwürfen wegen seines Verhaltens im Dritten Reich ausgesetzt war, deren Widerlegung Zeit beanspruchte und die erste Ausgabe der „Ruhr-Nachrichten“ bis zum 1. März 1949 verzögerte (S. 137-141).

In seinem zweiten Beitrag vergegenwärtigt Rudolf Morsey das Leben von „Heinrich Lübke (1894–1972)“ (S. 146-163), der als „sozialer Aufsteiger aus dem sauerländischen Ackerbürgertum“ (S. 148) am Ende der Weimarer Zeit ein „vielbeschäftigter Verbands-Politiker“ (S. 149) im agrarischen Bereich ist, im Dritten Reich eine „Leidenszeit“ (S. 150) durchmacht, weil er inhaftiert wird und zeitweise ohne Einkommen bleibt, nach 1945 aber dann in Nordrhein-Westfalen, später in Bonn Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird und schließlich von 1959 bis 1969 das Amt des Bundespräsidenten bekleidet. Durchgehend wird auf das soziale Engagement Lübkes verwiesen, der sich in der Weimarer Zeit als Bodenreformer betätigte (S. 149), später für die Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sorgte (S. 155) und sich im Präsidialamt für die Entwicklungshilfe einsetzte. Für die Jahre der Präsidentschaft kommt zudem die im Unterschied zum Amtsvorgänger Heuss stärkere politische Akzentuierung des Amtes zur Sprache (S. 157), ebenso die Instrumentalisierung der Tätigkeit Lübkes in der Baugruppe Schlempp in den Jahren 1939 bis 1945 (S. 152) durch die DDR und die „linke Tendenzpresse“ (S. 160) in der Bundesrepublik. Zum Schluss erinnert Morsey an den Patrioten Lübke, der unablässig für die Wiedervereinigung eingetreten sei. Deshalb müsse dieser Teil seines Wirkens „entschieden höher veranschlagt werden, als das lange Zeit der Fall gewesen ist“ (S. 161).

Die Ausführungen von Franz-Josef Weber über General „Franz-Joseph Schulze (1918–2005)“ (S. 164-174) beschließen den Band. Weber verfolgt den

Lebensweg des Lehrersohnes aus Salzkotten über den Hauptmann der Wehrmacht, die Beförderungstellen in der Bundeswehr bis zur Ernennung zum Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte Europa-Mitte 1977, der höchsten atlantischen Führungsposition, „die von einem deutschen General besetzt werden konnte“ (S. 170). Dabei kommt zum Ausdruck, welchen „wichtigen Beitrag zur Sicherheitspolitik des Westens“ (S. 173) Schulze leistete, weil er in die Planungen für das „strategische Konzept der flexible response“ (S. 168) eingebunden war. Für die Jahre nach seiner Entlassung 1979 wird auf seine Beratertätigkeit im In- und Ausland hingewiesen und auf die Tatsache, dass er 1982 und 1984 Schriften von „analytischer Brillanz“ (S. 170) zu militärpolitischen Fragen verfasste.

Ein Verzeichnis der Abkürzungen (S. 175f.) und ein Namensregister (S. 177-197) ergänzen den Band und erhöhen seine Lesbarkeit. Alle Autorinnen und Autoren erweisen sich als kompetente Bearbeiter, jedem Lebensbild ist ein Abschnitt „Quellen und Literatur“ angefügt. Es ist zu wünschen, dass der informative Band bald seine Fortsetzung findet.

Helmut Busch

*Manfred Keller/Jens Murken (Hgg.), Das Erbe des Theologen Hans Ehrenberg. Eine Zwischenbilanz* (Schriftenreihe des Evangelischen Forums Westfalen und der Evangelischen Stadtakademie Bochum, Bd. 4), LIT-Verlag, Berlin 2009, 271 S., geb.

Hans Ehrenberg, der Philosoph, Theologe, „Judenchrist“ und Sozialdemokrat, stellt immer noch eine Herausforderung für die evangelische Kirche und deren Geschichtsschreibung dar – so wie er auch zu Lebzeiten ein Mann war, an dem sich die Geister schieden, da er so ganz und gar nicht in das gewohnte Spektrum evangelischer Theologen in Westfalen passte. Als Jude, der sich 1909 im Alter von 26 Jahren taufen ließ, musste er auch in seiner Kirche mit antisemitischen Vorurteilen rechnen (das Erbe Stoeckers war gerade in Westfalen noch lebendig); intellektuell war er mit seiner Doppelqualifikation in Philosophie und Theologie, die ihn bis zu einer Professur in Heidelberg geführt hatte, sicher vielen Amtsbrüdern überlegen; als Sozialdemokrat passte er nicht in das traditionelle national-konservativ geprägte Milieu der evangelischen Pfarrerschaft.

Dieser Mann als Gemeindepfarrer in einer Bochumer Industriegemeinde – das war ebenso ungewöhnlich wie gewohnungsbedürftig. Doch fühlte sich Ehrenberg in seiner Kirche durchaus wohl und am Platze. Das änderte sich im Kirchenkampf, in dem sich Ehrenberg sofort auf die Seite der in Westfalen ja besonders starken Bekennenden Kirche schlug (Bochumer Pfingstbekenntnis von 1933). Aber mehr und mehr geriet er in die Isolation, als seine Kirche, auch die BK, von ihm abrückte und ihn zur Zurückhaltung mahnte – und dies angesichts der Angriffe, die ihn als „Nichtarier“ seitens Partei und Staat diskriminieren sollten. Als ihm die Kirchenleitung 1937 trotz der Loyalität